

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

26.2.1930 (No. 49)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Str. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
K. Umenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Wochentlich 8,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abrechnungen (außerhalb des Monats) ist als Kassenabatt gilt und vorzulegen, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Vorbereitung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagen über die Zeitung, die in der Zeitung selbst oder in dem Namen unserer Verleger, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckproben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Art übernommen. Abrechnung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Beilagen zum Badischen Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die schwierige Defizitdeckung Am das Notopfer

Die Berliner Presse gibt ein Spiegelbild der verschiedenen Parteienansichten in der Frage, wie das Defizit des Reichshaushalts für 1930 gedeckt werden soll. Das größte Interesse wird von den Blättern immer noch der Frage des Notopfers entgegengebracht. In sozialparteilichen Kreisen kommt der Widerstand dagegen immer stärker zum Ausdruck.

Ein Vorschlag wäre zum mindesten erwägenswert, das Notopfer in eine Zwangsanleihe, welche die Festbesoldeten zu geben hätten, umzuwandeln. Ein solcher Sparzwang könnte mit verhältnismäßig geringen Kosten durch Markten, ähnlich den Invalidenversicherungsmarken, eingerichtet werden. Eine Einigung, wann die Gelder zur Rückzahlung evtl. Überweisung an Sparkassenkonten, fällig würden, ließe sich wohl treffen, evtl. zu verschiedenen Zeiten (verschiedenfarbige Marken) je nach dem Alter der Festbesoldeten. Natürlich müßte eine solche Zwangsanleihe mit allen Sicherungen für die Zwangsparer umgeben werden.

Im übrigen ist es interessant, festzustellen, daß sowohl das sozialdemokratische Zentrum, als auch das Zentrum selbst, die „Germania“, an die Regierung die Aufforderung richten, die Initiative zu ergreifen, um den Gang der Dinge zu beschleunigen. In der Abendausgabe des „Vorwärts“ wird dabei an die Verabschiedung des Youngplans, in der „Germania“ an die Sanierung der Reichsfinanzen gedacht. Die Regierung müsse nach Ansicht des Regierungsbüros die Parteien auf ein Sanierungsprogramm festlegen, sonst werde sich der Reichsfinanzminister den Parteien gegenüber sehr bald in derselben Lage befinden wie sein Vorgänger Hilferding. Ob diese Mahnung Gehör findet, wird sich zeigen, wenn das Reichskabinett am Donnerstag die Dedungsvorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer vorlegt.

In einer Besprechung zwischen den Reichsministern Moldenhauer, Wiffel und Severing ist es, wie die „Germania“ berichtet, gelungen, die letzten Reste der Differenzen über die Ausgabenseite des neuen Etats zu bereinigen. Diese Dedungsvorschläge des Reichsfinanzministers sind dem Reichstag am Mittwoch 10 Uhr zu einer Sitzung einberufen, um sich mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers zu befassen. Wie dem Blatt von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sehen die Vorschläge des Reichsfinanzministers wieder das vielörterte Notopfer der Festbesoldeten, nach einer Erhöhung der Einkommensteuer vor.

Eine Benzinsteuern?

Dem „Vorl. Tagebl.“ zufolge soll die Erhebung einer Benzinsteuern geplant sein. Gerücheweise werde von einem Betrag von 600 Millionen pro Liter gesprochen. Eine solche Steuer wäre, wie das Blatt erklärt, ohne gleichzeitigen Umbau der Kraftfahrzeugsteuer wirtschaftlich nicht tragbar und finanziell nicht einträglich. Man habe schon seit längerer Zeit Pläne erwogen, nach denen die Kraftfahrzeugsteuer ganz oder teilweise in eine Benzinsteuern umgewandelt werden soll, wie sie in den Vereinigten Staaten als einzige Belastung des Kraftfahrzeugwesens in Geltung ist. Für Deutschland dürfe man sich die Reform wohl so vorstellen, daß die festen Steuersätze, die auf den einzelnen Wagen zu zahlen sind, erheblich herabgesetzt werden, während gleichzeitig eine neue Benzinsteuern eingeführt wird.

335 Millionen Arbeitslosenfehlbetrag

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in diesen Tagen seine Vorkarbeiten für den Haushaltsplan 1930/31 der Reichsversicherungsanstalt abgeschlossen.

Der Entwurf des Vorstandes weist lt. „Voss. Ztg.“ einen Fehlbetrag von 335 Millionen auf, für den nach den gesetzlichen Bestimmungen das Reich eintreten müsse. Die Höhe des Fehlbetrages wird sich auf etwa 280 Millionen vermindern, wenn die Befristung der im Vorjahr erfolgten Beitragserhöhung aufgehoben und bis zum Ende des Haushaltsjahres verlängert wird. Der Entwurf des Vorstandes soll in den nächsten Wochen dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zugehen, doch ist zu erwarten, daß bis dahin die Vorlage auf Grund der Verhandlungen über die Dedung des Fehlbetrages der Reichsversicherungsanstalt nicht unbedeutend verändert sein wird.

Hindenburg und der Hindenburg-Bund. Vor einiger Zeit hatte die Jugendorganisation der Deutschen Volkspartei sich den Namen „Hindenburg-Bund“ gegeben, und zugleich den Reichspräsidenten gebeten, ein Geleitwort zu schreiben. Der Reichspräsident hat laut „Voss. Ztg.“ diese Bitte abgelehnt und zwar, wie Staatssekretär Meißner mitteilte, aus Gründen der Zurückhaltung, die ihm sein Amt auferlegt und die ihn grundsätzlich veranlaßt, in keinem Falle parteipolitische Organisationen oder Interessengruppen durch dergleichen Geleitworte auszuzeichnen.

Staatschefmüller bei Hindenburg. Das Bundesamt des Staatschefs teilt mit: Der Reichspräsident empfing die Bundesführer des Staatschefs, die ihn über die in letzter Zeit sich häufenden Überfälle der Linken auf Staatschefsamerikabund Vortrag hielten.

Letzte Nachrichten

Reichstag und Young-Gesetze

Schlussabstimmungen nicht vor dem 10. März

M. Berlin, 26. Febr. (Priv.-Tel.) Der Ministerrat des Reichstags beschloß heute, daß das Plenum des Reichstags diese Woche durchsetzen und kleinere Vorlagen erledigen soll. Auch der Nachtragsetat soll auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dann wird man am Donnerstag der nächsten Woche die zweite Lesung der Owen-Young-Gesetze vornehmen. Die Schlussabstimmungen sollen nach den heutigen Dispositionen nicht vor dem 10. März vorgenommen werden.

Zur politisch-parlamentarischen Lage Schwierigkeiten in den Parteien

M. Berlin, 26. Febr. (Priv.-Tel.) Die politisch-parlamentarische Lage hat sich gestern eher noch weiter kompliziert als verbessert, obwohl heute in den Blättern wieder mehr Optimismus zum Ausdruck kommt. Es steht ganz dahin, wie man aus dem Problem des Notopfers einen Ausweg finden soll. Wie es heißt, sollen jetzt Zentrum und Sozialdemokraten darin einig sein, eine Umwandlung dahin zu treffen, daß alle Beamten und privatwirtschaftlich angestellten Festbesoldeten mit einem Jahresentkommen von über 8000 Reichsmark ein halb Prozent abzugeben hätten zur Verbesserung der Finanzen der Arbeitslosenversicherung. Man errechnet daraus 147 Millionen für das Etatsjahr, wobei jedoch die privatwirtschaftlich Angestellten nicht berücksichtigt sind, da man das nicht überschätzen kann. Dagegen sträubt sich aber die Deutsche Volkspartei einschließlich des Ministers Dr. Moldenhauer, und wie es heißt auch die Demokraten. Deshalb hat man auch vorgeschlagen, eine Benzinsteuern zu erheben, die ungefähr 80 Millionen Reichsmark erbringen würde, aber nicht ausreicht, das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu decken. Wenig Aussicht hat auch der Vorschlag einer weiteren Erhöhung der Biersteuer. Ein Teil des Defizits soll durch den Verkauf der Eisenbahnvorszugsaktien an die Versicherungsanstalten für 75 Millionen Reichsmark aufgebracht werden.

Verschiedene Erscheinungen deuten darauf hin, daß es innerhalb der Parteien erheblich kriselt, und daß es auch zu einer gewissen Mißstimmung zwischen der Volkspartei und ihrem Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gekommen ist. Auch herrscht Stimmung gegen Curtius. Meldungen über ein Kartell zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, das sich gegen die Deutsche Volkspartei richte, werden bestritten. Es könne sich höchstens um Abmachungen wegen der Fortführung der Sozialpolitik handeln.

Leichte Erkrankung des Reichsaußenministers

DD. Berlin, 26. Febr. (Tel.) Reichsaußenminister Dr. Curtius leidet an einer schweren Erkältung, die ihn heute an das Bett fesselt und von den Auswärtigen Verhandlungen über den Youngplan fernhält. Der Minister hofft aber, am Donnerstag den Beratungen wieder beizutreten zu können.

Hilfsrichter für das Reichsgericht

DD. Berlin, 26. Febr. (Tel.) Da das Reichsgericht immer noch überlastet ist, so hat der Reichsjustizminister dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, in welchem er die Ermächtigung erbittet, für die Zeit bis längstens 1. April 1933 aus der Zahl der Mitglieder der Oberlandesgerichte und Landgerichte, sowie der Amtsrichter und Vorsitzenden von Arbeitsgerichten Hilfsrichter zum Reichsgericht zur Erledigung der Geschäfte der Zivil- und Strafsenate einzuberufen. Die Abordnung eines Hilfsrichters ist für die Zeit, für die er einberufen ist, unwiderruflich.

Die Probefahrt der „Europa“

DD. Bremen, 26. Febr. (Tel.) Laut Funkpruch vom Schnelldampfer „Europa“ des Nordd. Lloyd erreichte das Schiff in letzter Nacht Fair Island in der Nähe der Nordküste Schottlands und nahm dann wieder Kurs nach Osten. Heute vormittag 10 Uhr befand sich die „Europa“ in der Nähe der norwegischen Küste bei Ulfre auf dem Wege nach Kap Lindesnes. Hier wurde wiederum in die Meeresfahrt eingetreten. Bei Windstärke 9-10 bewies das Schiff in jeder Hinsicht seine hervorragenden Seeeigenschaften.

Annahme der Haager Abkommen im österreichischen Nationalrat. Der österreichische Nationalrat hat am Dienstag das Haager Abkommen samt den damit in Zusammenhang stehenden Abkommen mit Belgien und Polen nach kurzer Debatte einstimmig genehmigt. Ebenso wurde der Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit Italien einstimmig angenommen.

Auch das Zündholzmonopol in Danzig wurde vom Krengertorgern für 35 Jahre erworben.

* Vereinigungsfragen und Eigenleben der Länder

In Karlsruher Blättern wird jetzt die neue Eingabe der Schaffergilde abgedruckt. Wir werden auf Einzelheiten dieser Eingabe noch an anderer Stelle zurückkommen, falls überhaupt Veranlassung besteht, das Ganze als eine erstrangige Angelegenheit Karlsruher Wohnpolitik zu betrachten. Was uns heute interessiert, ist ein merkwürdiger Satz aus der Eingabe. Er lautet: „Sehen wir davon ab, daß durch etwaige Vereinigung der süddeutschen Länder Karlsruhe sicher an Wachstum einbüßen wird, usw.“. Hier wird also mit herzerfrischender Naivität schon von der Wahrscheinlichkeit einer solchen Vereinigung und der dann bestimmt zu erwartenden Degradierung Karlsruhes gesprochen. Und Karlsruher Blätter drucken solche Sätze ab, ohne auch nur im geringsten gegen solche Möglichkeiten Stellung zu nehmen.

Was eine Vereinigung mit Württemberg für Karlsruhe zu bedeuten hätte, darüber wird man sich doch wohl allenthalben klar sein: Karlsruhe würde auf den Rang einer Mittelstadt zurückgedrückt werden. Wenn das der Karlsruher Bevölkerung und der Presse dieser Stadt so ein besonderes Vergnügen macht, dann haben wir keinen Grund, päpstlicher zu sein als der Papst. Bisher hat — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — die Karlsruher Presse von sich aus jedenfalls noch nicht im entferntesten jenen Abwehrwillen bekundet, der aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes eigentlich zu erwarten wäre.

Nun gäbe es dafür allerdings Erklärungen, die durchaus beachtlich sind. Leider leben wir in einer Zeit, in der nur die Anschauung beachtet wird, die sich mit dem entsprechenden Getöse bemerkbar macht, mag nun diese Anschauung bejahender oder verneinender Art sein. Die erste solcher Erklärungen ist wohl darin zu erblicken, daß die meisten Karlsruher Bürger aus Optimismus oder Lethargie den Ernst der Vereinigung überhaupt ignorieren. Eine weitere, gewichtigere Erklärung bestünde in der Tatsache, daß die Mehrheit des Landtags und mehr als 550 000 Wähler und Wählerinnen für eine Vereinigung sein müßten. Nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen und nach der Wahlschlauheit zu urteilen, die bisher in Baden bestand, sei kaum anzunehmen, daß man über eine halbe Million Wähler für eine Vereinigung mit Württemberg an die Urne bringen werde. Das wären Erklärungen, die sich hören ließen. Ob sie genügen, um der Karlsruher Bevölkerung und ihrer Presse auch weiterhin eine so gleichgültige Haltung in der Vereinigungsangelegenheit zu empfehlen, das ist eine andere Frage.

Die letzten Wochen haben uns außerhalb Karlsruhes eine sehr reichhaltige Debatte über die Vereinigungsfrage gebracht. Wer all diese Stimmen aufmerksam und kritisch durchgelesen hat, der muß zu der Erkenntnis gekommen sein, daß diese Diskussion den Knoten nicht nur nicht entwirrt, sondern beinahe unlöslich gemacht hat. Denn eigentlich jeder Politiker und jede Partei und jede Stadt und jede Zeitung will etwas anderes. Und während diese Diskussion geht, hören wir, daß Württemberg alle Anstrengungen macht, um uns die große Autofraße von Norden nach Süden wegzuschnappen und durch Württemberg laufen zu lassen!

Das eine hat sich für uns von vornherein ganz von selbst verstanden, daß, wenn die äußerste Not und ein schon gar nicht mehr zu ertragender Druck von Berlin aus die Vereinigung notwendig machen sollte, dann mit großer Sorgfalt von den zuständigen Stellen der ganze Fragenkomplex geprüft werden muß, und daß, wenn man sich nach dieser Prüfung für die Möglichkeit einer Vereinigung entscheiden sollte, mit einem Überleitungsstadium von vielen Jahren gerechnet werden muß. Zunächst ist es aber gut, die Entwicklung im Reich, die Entwicklung des großen Reichsfinanzproblems abzuwarten. Erst wird die Krisis in Berlin, in der wir faktisch ja bereits mitten drinstecken, so oder so überwunden sein müssen, bevor man ernstlich und von zuständiger Stelle aus an die Vereinigungsfrage herangeht. Um zu dieser unserer Beurteilung zu gelangen, bedarf es weiterer Unterredungen mit den führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens in Baden, eine solche Auffassung ergibt sich bei Anwendung des gefundenen, politischen Menschenverstandes ganz von selbst.

Bemerkenswert ist die dieser Tage gemeldete Tatsache, daß der Landtag von Schaumburg-Lippe die Vereinigung mit Preußen abgelehnt hat. Die notwendige Zweidrit-

telmehreheit konnte nicht aufgebracht werden. Man mag darüber lächeln, daß diese winzige Ländchen sich wehrt, in Preußen aufzugehen. Aber als Symptom ist die Abstimmung doch recht lehrreich.

Wenn die Stimmungen schon in Schaumburg-Lippe derartig sind, und wenn schon in Schaumburg-Lippe der Wunsch zur Erhaltung der Selbständigkeit als Land noch immer in starkem Maße vorhanden ist, dann wird man es begreiflich finden, daß in Ländern von mittlerer Größe, zum Beispiel in Baden und Hessen, dieser Wunsch noch viel stärker vertreten ist. Diese Länder besitzen eben das Anrecht auf Selbständigkeit, weil sie die finanziellen Voraussetzungen dafür nachweisen können. Die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten, die sich aus einer nicht immer glücklichen Wirtschafts- und Steuerpolitik im Reich und aus der großen allgemeinen Wirtschaftskrise ergeben, beweisen nichts.

In seinem Gutachten über die Prüfung der heftigen Verwaltung hat jetzt der Reichsfinanzminister ausdrücklich erklärt, daß, wenn man auch dem Gedanken der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung noch nicht genügend Rechnung trage, die Vermögenslage Hessens wegen seines großen Besitzes an Domänen und Forsten doch sehr günstig sei, und daß eine Sanierung der hessischen Staatsfinanzen im Sinne einer dauernden Beseitigung der Fehlbeträge durchaus möglich sei, wenn die Verwaltungsreform in allen ihren Teilen durchgeführt wird.

Was für Hessen gilt, gilt in mindestens demselben Maße auch für Baden. Die finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen Badens sind solide und gut. Und Baden gehört deshalb zweifellos zu den Ländern, die unter allen Umständen das Anrecht auf Eigenleben im Rahmen des großen, deutschen Vaterlandes besitzen. Man wird sich entsinnen, daß der badische Staatspräsident in seiner Regierungserklärung die Tatsache dieses Anrechts ganz besonders unterstrichen hat.

Kleine Chronik

In Berlin hat sich der 73 Jahre alte Bankier Schaffert wegen finanzieller Schwierigkeiten erschossen.

Das Etablissement Livoli in Bad Pyrmont ist durch Großfeuer zum Teil vernichtet worden.

Wie aus Girsberg (Schlesien) gemeldet wird, haben sowohl die Staatsanwaltschaft wie auch Graf Christian zu Stolberg ihre Berufung zurückgezogen. Das Urteil gegen Graf Christian, der wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist damit rechtskräftig geworden. Ob der Verurteilte Bewährungsfrist erhält, wird das Gericht noch zu beschließen haben. Zur Zeit befindet sich Graf Christian in Freiheit.

Der bekannte schweizerische Bergführer Hermann Berren, der nicht weniger als 140mal das Matterhorn bestiegen hat, ist am Montag mit einer Dame aus Luzern bei einer Besteigung des Breithorns abgestürzt. Die beiden Leichen wurden geborgen. Berren, der 68 Jahre alt war, war bereits vor einigen Jahren ebenfalls am Breithorn abgestürzt. Damals mußte er 1½ Tage in einer Gletscherpalte neben der Leiche seines Begleiters ausharren.

In der Nähe des Bois d'Angres bei Lille sind die Überreste von zwei Soldaten aufgefunden worden, die anscheinend während des Krieges verschüttet worden sind. Es handelt sich um einen deutschen und einen französischen Soldaten. Man bemüht sich, ihre Identität festzustellen.

In einem Prozeß gegen 13 irische Kommunisten in Rom wurden 11 Angeklagte mit Gefängnisstrafen von 20 bis zu 8 Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

In Brasilien wurde die National City Bank, New York, wegen angeblich den Regierungsvorschriften zuwiderlaufender Börsengeschäfte ihrer Zweigstelle in Sao Paulo zu einer Geldstrafe von fast drei Millionen Dollars verurteilt. Die Bank teilt hierzu mit, daß Anschuldigungen bereits vor einiger Zeit in vollem Umfange von ihr widerlegt worden seien.

Sparmöglichkeiten und Sparmaßnahmen am Badischen Landestheater

von Oberregierungsrat Dr. Kasl

So einfach und überzeugend die Forderung ist, daß auch die aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Theater den wirtschaftlichen Notizen der Zeit Rechnung zu tragen und Beschränkungen der Zuschüsse hinzunehmen haben, so schwierig gestaltet sich die Durchführung entsprechender Maßnahmen in der Praxis. Anregungen, hierüber einiges aus beruflicher Kenntnis der Dinge zu sagen, bin ich um so lieber gefolgt, als ich hoffen darf, dadurch zur Klärung und Richtigmachung verbreiteter irriger Vorstellungen und Behauptungen beitragen zu können.

Der Außenstehende überlegt sich, worauf das schier unbegreifliche Anwachen des Zuschußbedarfs der Theater zurückzuführen sein könnte und findet dabei oft nur die eine Erklärung, daß offenbar eine zügellose Ausgabenwirtschaft getrieben werden müsse, und andererseits der kaufmännische Geist in der Gestaltung der Einnahmeseite gründlich zu vermissen sei. So verlangt er denn als Abhilfemaßnahme mit Vorliebe den Abbau der „unnütigen Sologagen“, die Verringerung des „aufgeblähten Verwaltungsapparates“, den Abbau des „überlebten Balletts“, die Einschränkung des „verschwenderten Aufwands“ für Dekorationen und Fundus, eine großzügige Reklame und die zugkräftige Gestaltung des Spielplans. Es mag bei der einen oder der anderen Bühne das oder jenes zu bessern geben; im allgemeinen sind jedoch für das Anwachen des Zuschußbedarfs ganz andere Ursachen maßgebend gewesen: die sehr beträchtliche Steigerung der Bezüge der kollektiv verwendeten Personalgruppen, — des Orchesters, des Chors und des technischen Personals —, das rasche Ansteigen der Löhne für Versicherung und Versorgung der Theaterangehörigen und das Zurückbleiben der Einnahmen gegenüber den eingetretenen Ausgabesteigerungen.

Dazu zum Beleg einige Vergleichszahlen aus dem Haushalt des Landestheaters in früherer und jetziger Zeit.

A. Ausgaben.

Vorweg sei betont, daß der sachliche Aufwand im Vergleich zu den Personalausgaben ganz in den Hintergrund tritt. Er beträgt nach dem Voranschlag 1930 noch 228 000 M jährlich, d. i. 11,5 v. H. der Gesamtausgaben, gegenüber einem Personalaufwand von 1 599 000 M. Innerhalb des sachlichen Aufwands stehen für Dekorationen und Kostüme jährlich nur noch 50 000 M zur Verfügung.

Auch Chautemps gestürzt

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung

Das französische Kabinett Chautemps ist am Dienstag zurückgetreten, weil die Kammer nach stürmischer Sitzung die von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage beantragte Priorität für die Tagesordnung Antérou mit 292 gegen 277 Stimmen abgelehnt hat. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen.

Die Pariser Blätter stellen in ihrer Mehrheit fest, daß das Kabinett Chautemps in dem Augenblick zur Niederlage verurteilt war, in dem die Mittelparteien, namentlich die links-republikaner (Fraktion Lardieu), ihm ihre Unterstützung verweigerten und das Kabinett auf die Unterstützung der Sozialisten angewiesen war. Viel einmütiger noch ist die Feststellung, daß der Sturz des Kabinetts Lardieu und die gestrige Abstimmung, die den Sturz des Ministeriums Chautemps herbeiführte, den Beweis erbracht haben, daß die Kammer in zwei fast gleich starke Teile gespalten sei, und daß daher ein lebensfähiges Ministerium nur auf dem Wege einer weitgehenden Konzentration gebildet werden könnte. Diese Konzentration sei aber nur mit Hilfe der Radikalen möglich.

„Ceuvre“ wirft die Frage einer Parlamentsauflösung auf. Das Blatt erklärt, wenn die Auflösung in Frankreich Brauch wäre, würde das die Sache wesentlich vereinfachen. Aber das ist nicht der Fall; es muß eine vernünftige Lösung ohne Auflösung gesucht werden. Im sozialistischen „Populaire“ schreibt der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Faure: Wieder einmal ist der Beweis erbracht, daß die Mehrheit rechtsgerichtet ist. Wenden wir uns also an die Bauern und Arbeitermassen und bereiten wir im übrigen die Wahlen von 1932 vor. Das ist der Kampf, um den es sich in Wahrheit handelt.

Wieder ein Kabinett Briand?

W.P. Paris, 26. Febr. (Tel.) Lardieu hat die Kabinettbildung abgelehnt und den Präsidenten der Republik, Doumergue auf Poincaré verwiesen, dem er, Lardieu, seinen Beifall zu teilung wende.

Wie Poincaré Pressevertretern mitteilte, lehnt er die Bildung des Ministeriums ab.

W.P. Paris, 26. Febr. (Tel.) „Petit Journal“ will erfahren haben, daß der Präsident der Republik beabsichtigt, diesmal über die Kabinettsbildung keine langen Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten aus Kammer und Senat abzuhalten. Er werde vielmehr nach einer Unterredung mit den Präsidenten von Kammer und Senat sofort die Verantwortlichkeit berufen, der er die Bildung des Kabinetts zu übertragen gedenke. In diesem Zusammenhang sei besonders der Name Briand genannt worden.

Die französische Kabinettskrise und die Flottenkonferenz

W.P. London, 26. Febr. (Tel.) Als der Sturz des Kabinetts Chautemps gestern abend hier bekannt wurde, äußerte ein Mitglied der französischen Delegation, daß keine Fortschritte gemacht werden könnten, soweit wichtige Fragen in Betracht kommen, bevor die neue Regierung gebildet sei. In englischen amtlichen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß bei der unbestimmten Zeitdauer der französischen Krise die Gelegenheit benutzt werden sollte, um die Erörterung über Fragen fortzusetzen, die von besonderem Interesse für Großbritannien, Amerika und Japan sind.

„Times“ berichtet: Die Führer der britischen, amerikanischen, italienischen und japanischen Delegation werden heute nachmittag zusammentreten, um darüber zu entscheiden, ob die Bildung eines neuen französischen Kabinetts abgewartet oder die Konferenz zwischen den vier Mächten fortgesetzt, oder ob die Beratung lediglich auf die drei Hauptmächte beschränkt werden soll. Wahrscheinlich wird der erste der genannten drei Wege gewählt werden. Auf jeden Fall besteht trotz dieser zweifelhaften Störung der Verhandlungen durch die Wechselstöße der französischen Parlamentskonflikte gegenwärtig nicht die Absicht, die Konferenz ganz aufzugeben.

Die Bauarbeiterlöhne gestiegen. Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise haben die Arbeitgeberverbände des deutschen Baugewerbes die zur Zeit gültigen Bauarbeiterlöhne zum 31. März 1930 gestiegen.

Aus dem Reichstag

Mieterschutz — Arbeitsplan und Arbeitszeit

Im Reichstag wurde am Dienstag die erste Beratung der zur Mieterschutzgesetzgebung vorliegenden Gesetzentwürfe und Anträge damit abgeschlossen, daß Vorlagen und Anträge dem Wohnungsausschuß überwiesen wurden.

In der Aussprache war von den Rednern aller Parteien mit Ausnahme der Wirtschaftspartei die Auffassung vertreten worden, daß ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erst möglich sei, wenn der jetzt noch nicht bestehende Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt erreicht sei. Die Redner verschiedener Parteien kündigten an, daß sie im Ausschuß versuchen würden, die bestehenden Gesetze nicht bloß zu verlängern, sondern auch auf der Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen zu verbessern.

Im Laufe der Debatte kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Reichsjustizminister von Guérard und dem Redner der Wirtschaftspartei Dr. Jürissen. In Erwiderung auf Angriffe, die Dr. Jürissen am Montag in seiner Rede vorgebracht hatte, bezeugte Minister von Guérard die Ausführungen des wirtschaftsparteilichen Vertreters als Demagogie. Der Vertreter der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft forderte stärkere Berücksichtigung des flachen Landes beim Mieterschutz- und Siedlungsweisen.

Nach kurzer Aussprache wurde dann das Gesetz über Bergmannsleistungen in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen.

Am Mittwoch, 15 Uhr, soll die Reichshaushaltsordnung zur zweiten Beratung kommen. Vizepräsident Effer hatte vorgeschlagen, daß auch die zweite Beratung des Reichshausgesetzes auf die Tagesordnung gesetzt werde. Dem wurde aber nicht nur von den Oppositionsparteien, sondern auch von dem Vertreter der Sozialdemokraten widersprochen. Dieser kleine Konflikt zwischen den Regierungsparteien wurde von der Opposition mit Heiterkeit aufgenommen; man deutete in Jurausen darauf hin, daß im Lager der Regierungsparteien auch größere Konflikte über Arbeitsplan und Arbeitsstempo bestehen.

Morgen, Donnerstag, soll das Ministerpensionsgesetz beraten werden. Am Freitag soll dann die erste Lesung des Nachtrags-Haushalts 1929 vorgenommen werden. Die Beratung des Reichshausgesetzes ist zugunsten des Nachtragshaushalts zunächst einmal zurückgestellt worden.

Die Wahl des Generaldirektors der B.Z.

Die Konferenz der Notenbankleiter der bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich führenden Staaten, die heute in Rom zusammentritt, hat auch die Wahl des Generaldirektors der Bank zu vollziehen.

Deutschland hat immer den Standpunkt vertreten, daß die Ernennung Sache des Verwaltungsrates sei, daß aber der Generaldirektor, wenn er schon nicht aus dem Schuldnerland genommen werden könne, ein Neutraler sein müsse. Es haben schon verschiedene diplomatische Verhandlungen in dieser Frage stattgefunden, bei denen immer wieder der deutsche Standpunkt scharf herausgearbeitet wurde, aber nach allem, was man in der gesamten Weltpresse liest, wird jetzt doch damit zu rechnen sein, daß der Franzose Duesnay zum Generaldirektor ernannt wird. Die Aufgabe Deutschlands ist es nun, dafür zu sorgen, daß es, wenn es sich schon mit der Wahl Duesnays abfinden muß, wenigstens einen maßgebenden Einfluß in der Bank erhalten wird.

Nicht richtig ist die Meldung einiger Blätter, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht nicht rechtzeitig die Regierung auf die Möglichkeit hingewiesen habe, daß Herr Duesnay der aussichtsreichste Kandidat sei.

Ein Großherzog als Zeitungsverleger. Vor dem Amtsgericht Schwerin erfolgte am Dienstag die Zwangsversteigerung der Verlagsfirma Dietrich & Co., Kommanditgesellschaft („Medlenburger Nachrichten“). Das Restgut wurde von dem früheren medlenburg-schweringischen Großherzog Friedrich Franz IV. mit 60 000 M abgegeben. Der Zuschlagstermin ist auf den 4. März festgesetzt.

Herbert Eulenberg und Oldenburg-Januschau. Herbert Eulenberg hat laut „Vorwärts“ mit Oldenburg-Januschau einen Vergleich geschlossen, nach dem das Hohenzollernbuch mit der Stelle über den „ostpreussischen Kübel“ nicht weiter verkauft werden soll. In der Neuauflage soll die Stelle entfernt werden.

Beim Personalaufwand bildet die Besoldung des Orchesters mit 446 000 M oder 22,4 v. H. der Gesamtausgaben den stärksten Ausgabeposten. Im Jahre 1918 hatte das Orchester den Theaterhaushalt nur mit der Summe von 167 000 M = 16,9 v. H. der Gesamtausgaben belastet. Dabei wird nach dem Abbau auf ein Drittel der laufenden Spielzeit die Kopfstärke des Orchesters (einschließlich Kapellmeister und einem Orchesterdiener) mit 66 dieselbe sein wie im Jahre 1918.

Der Singchor ist von 66 Köpfen im Jahre 1900 und 58 im Jahre 1913 auf 44 im Jahre 1930 verkleinert worden. Gleichwohl ist der Vergütungsaufwand von 74 000 M im Jahre 1900 und 86 000 M im Jahre 1913 auf jetzt 175 000 M gestiegen.

Das technische Personal (Maler, Schreiner, Schlosser, Magazinerpersonal, Bühnenbetriebspersonal, Beleuchter, Requisitepersonal, Schneider, Schneiderinnen, Friseur, Hausverwaltungs-personal) weist jetzt 96 Köpfe auf gegenüber 89 im Jahre 1913, eine Steigerung, die sich ohne weiteres aus der starken Vermehrung der Vorstellungen erklärt. Der Aufwand hat sich in der gleichen Zeit von 123 000 M auf 324 000 M und damit der Anteil an den Gesamtausgaben von 12,4 auf 16,3 v. H. erhöht.

Ganz besonders auffallend ist die Ausgabesteigerung für Zwecke der Sozialversicherung und der Versorgung der Bühnengehörigen. Im Jahre 1913 wurde die Theaterkasse hieraus mit insgesamt 3900 M = 0,4 v. H. der Gesamtausgaben belastet, während der heutige, der Theaterkasse zur Last bleibende Aufwand 198 000 M = 9,9 v. H. der Gesamtausgaben beträgt.

Während hiernach der derzeitige Aufwand beim Orchester das 2,7fache, beim Chor das 5fache und beim techn. Personal das 2,8fache, die Belastung der Theaterkasse für Versicherung und Versorgung des Orchesters der Ausgaben von 1913 beträgt, hat sich der Aufwand für das Solo- und das Verwaltungspersonal in der gleichen Zeitpanne nicht entsprechend dem Lebenshaltungsinde gestiegen.

Die Kopfstärke des Opernorchesters war im letzten Menschengalter nahezu unverändert unterworfen. Sie betrug im Jahre 1900 24, im Jahre 1913 22 und beziffert sich heute auf 23 Köpfe. Gegenüber dem Aufwand von 201 000 M im Jahre 1913 bedeutet der heutige Aufwand von 242 000 M eine mögliche Erhöhung. Der Anteil der Ausgaben für die Einzeldarsteller der Oper am Gesamtaufwand fiel von 20,1 v. H. im Jahre 1913 auf 12,2 v. H. im Jahre 1930.

Auch die zahlenmäßige Stärke der Einzeldarsteller des Schauspielers hat in den letzten 30 Jahren kaum geschwankt. Im Jahre

1900 waren 28 Kräfte vorhanden, während der Stand von 1913 ebenso wie heute 30 Köpfe aufweist. Der Aufwand hat sich von 101 000 M im Jahre 1913 auf 190 000 M im Jahre 1930 gesteigert, während gleichzeitig der Anteil dieses Teilaufwandes an den Gesamtkosten von 10,2 v. H. auf 9,6 v. H. zurückgegangen ist.

Die Verwaltung einschließlich des Intendanten zählte im Jahre 1913 8 Personen. Heute sind 9 Personen verwendet, die eine Jahresausgabe von 46 600 M = 2,3 v. H. des Gesamtaufwandes verursachen, während der Ausgabeposten im Jahre 1913 32 500 M = 3,3 v. H. des Gesamtaufwandes betragen hatte.

Wenn Sparmöglichkeiten gesucht werden, so muß natürlich die kritische Untersuchung bei den großen Ausgabeposten und denjenigen Voranschlagsfächer beginnen, bei denen in letzter Zeit besonders starke Erhöhungen eingetreten sind. Das wären also die Ausgaben für Orchester, Chor, technisches Personal, Sozialversicherung und Versorgung. Als Sparmaßnahmen kommen an sich Gehaltskürzung, Kürzung der Versicherungs- und Versorgungsleistungen und Verringerung des Personals in Betracht. Um mit letzterem zu beginnen, so wird mit Beginn der Spielzeit 1930/31 das Orchester um 7 Stellen verringert werden. Auch beim technischen Personal wird Abbau durchgeführt werden. Beim Singchor, der seit 1900 ein volles Drittel seiner Stellenzahl eingebüßt hat, wird von dieser Maßnahme aus künstlerischen Gründen abgesehen werden müssen. Dagegen werden im kommenden Rechnungsjahr alle drei genannten Kollektivgruppen durch Gehaltskürzung oder Verzicht auf früher in Aussicht genommene Gehaltsaufbesserungen der Not der Zeit ein angemessenes Opfer darzubringen haben. Indes wird niemand daran denken können, die soziale Entwicklung, die sich bei den Bezügen von Orchester, Chor und technischem Personal in der Zeit nach dem Krieg vollzogen hat, in der Art rückgängig machen zu wollen, daß entscheidende Ersparnisse eintreten. Abgesehen von der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten ist doch zu bedenken, daß die Vergütung der Kollektivgruppen früher mehr als bescheiden war, und zum Teil nur unter der Voraussetzung des Nebenverdiensts das Existenzminimum gewährte. (Durchschnittseinkommen eines Singchormitglieds im Jahre 1913 z. B. 1480 M.) Diese Möglichkeit aber ist gegen früher durch die weit stärkere dienstliche Inanspruchnahme der Theaterangestellten erheblich eingeschränkt.

Beim Orchester kommt hinzu, daß durch Verringerung des Angebots und Steigerung der Nachfrage nach guten Musikern die höherwertigen Opernbühnen in scharfem Konkurrenzstumpf

Badischer Teil

Steuerspione

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:
In verschiedenen Zeitungsartikeln ist unter der Überschrift „Steuerspione an der Arbeit“ über einen Prozeß berichtet worden, der in letzter Zeit das Reichsgericht beschäftigt hat. Es handelt sich um die Klage eines Kaufmanns, der von dem Reichsfiskus eine Belohnung für Angaben über Steuer- und Abgabenzuwendungen beansprucht, die er seinerzeit in dem bekannten Spritweber-Prozeß gemacht hat. Der Fall stammt bereits aus dem Jahre 1924, liegt also weit zurück. Die in den Zeitungsartikeln daran geknüpften allgemeinen Bemerkungen sind nicht richtig. Zunächst sei den immer wieder von bestimmter Seite aufgestellten Behauptungen gegenüber betont, daß es nicht zutrifft, daß Beamte in irgend welcher Form an dem Mehrertrag an Steuern und Strafen proportional beteiligt sind.
Dagegen können Privatpersonen eine Belohnung von höchstens 5 Proz. des in die Reichskasse fließenden Mehrbetrages an Steuern und Strafen erhalten, wenn sie Angaben machen, die zu der Aufdeckung von Steuer- und Abgabenzuwendungen führen. Bei dem heutigen bedauerlichen Stand der Steueramoral ist es noch nicht möglich gewesen, auf das Material, das aus Anzeigen privater Personen über Zuwiderhandlungen gegen die Steuer- und Abgabengesetze herrührt, zu verzichten. Wie die Praxis zeigt, ist der finanzielle Erfolg derartiger Mitteilungen recht groß; zahlreiche Steuerzuwendungen werden aufgedeckt, von denen die Finanzämter anderenfalls keine Kenntnis erhalten würden. Es handelt sich dabei um Steuerpflichtige, deren Einkommen und Vermögen nicht leicht zu übersehen sind, vor allem um solche Personen, denen das erforderliche Staatsbewußtsein fehlt.
Im Interesse einer gerechten Verteilung der Steuerlast zum Wohle der Allgemeinheit wird daher vorerst auf das Anzeigenmaterial nicht verzichtet werden können.
Wenn die Zeitungsartikel weiter von Väterüberwachung und Kontrollmittlungen über Personen, die besonderen Aufwand treiben, sprechen, so schiebern sie Maßnahmen der Inflationszeit, die seit langem abgebaut sind.

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuß

beschäftigte sich am Dienstag mit dem Voranschlagskapitel Handel und Gewerbe. Dabei wurde von allen Seiten die Not des Handwerks anerkannt und unterstrichen, daß es die volle Unterstützung der Regierung verdiene.
Innenminister Wittenmann erklärte, die Frage eines befriedigenden Submissionswesens sei leider immer noch nicht gelöst; die Regierung werde diese Frage ernste Aufmerksamkeit. Auf eine volksparteiliche Anfrage teilte er mit, daß die badische Regierung eine Verfügung erlassen habe, wonach gegenüber nicht badischen Bewerbern bei gleichem Preis und gleicher Qualität die badischen Firmen berücksichtigt werden sollen. Reichsbahn und Reichspost hätten für ihre Aufträge gewisse Zentralstellen, die sie berücksichtigen müßten. Das Ministerium werde sich immer bemühen, die Aufträge dem badischen Handwerk zu erhalten. Der Minister beantwortete weiterhin eine Zusammenlegung der Handwerks- und Handelskammern. Die Regierung tue ihr Möglichstes zur Heranziehung von Industrie nach Baden. Es sei dies aber in erster Linie Aufgabe der Gemeinden.
Der Sprecher des Zentrums meinte, die Gewerbeordnung würde von den Bezirksämtern zu streng und bürokratisch gehandhabt. Von demokratischer und sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß die Kosten des Handwerks- und Handelskammern zu hoch seien. Ein anderer Zentrumsredner verwies auf die schwierigen Verhältnisse von Handel und Gewerbe an der Schweizer Grenze und bat um Maßnahmen zur Besserung der Lage.
Im Haushaltsausschuß wurde ein nationalsozialistischer Antrag betreffend Hinzuwider der Banken und des Großkapitals mit 11 gegen 1 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

um brauchbare Kräfte liegen, und ein einseitiger Vergütungsabbau einer Bühne von schwerwiegenden Folgen für die Erhaltung wäre. Der Ausbau der Versicherung und Versorgung der Bühnengedienten entspricht so sehr dem allgemeinen Zug der Zeit, daß hierin am allerwenigsten an eine Rückbildung gedacht werden könnte. Zudem sind die entsprechenden sozialen Einrichtungen zum Teil durch Reichsgesetz, zum Teil in gemeinsamem Zusammenwirken mit einer großen Zahl anderer Staats- und Stadtheater ins Leben gerufen worden.
Beim Soloperational können bei Vermeidung von Einnahmeverlusten nach den großen Abstrichen der drei letzten Jahre stark ins Gewicht fallende Ersparnisse kaum mehr erzielt werden. In der Oper wird versucht, gewisse, schwächer in Anspruch genommene Kräfte durch zwei benachbarte Bühnen gemeinschaftlich zu betreiben. Hierüber schweben zur Zeit Verhandlungen. Im übrigen wird von jeder Möglichkeit, Kräfte einzusparen oder durch annähernd gleichwertige billigere zu ersetzen, unweigerlich Gebrauch gemacht werden müssen. Auch durch Umtausch von Leistungen zugunsten der Weibehaltung einzelner Bühnenkünstler — an sich ein Zeichen erfreulichen Interesses am Theater — können und dürfen sich die verantwortlichen Stellen nicht beirren lassen, es sei denn, daß die Unterzeichner der Liste sich gleichzeitig zu Beiträgen verpflichten, die den Verzicht auf die Abbaumaßnahme gestatten.
Das Ballett verfügt zur Zeit noch über 8 angestellte Tänzerinnen, von denen keine über 210 M. Monatsgage bezieht. Das Verwaltungspersonal, das die stark angewachsene Arbeitslast mit nahezu derselben Kopfzahl wie im Jahre 1913 bewältigt, ist bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit belastet.
Der sachliche Aufwand hat im Voranschlagsentwurf 1930/31 starke Kürzungen erfahren. Ihn noch weiter herabzudrücken, hieße beispielsweise dem Publikum zumuten, in mangelhaftem Raum Platz zu nehmen oder auf die Aufführung nicht tantiemevoller Stücke verzichten oder in der Unterhaltung der Theaterinnenausstattung, über deren Mängel ohnehin schon geklagt wird, rüchständig zu werden.

B. Einnahmen.

Den stark gewachsenen Ausgaben sind die Einnahmen nur in weitem Abstand gefolgt. Im Jahre 1913 betragen die Gesamtausgaben 987 000, die Einnahmen 547 000 M., d. h. 55 v. H. der Ausgaben waren durch Einnahmen gedeckt. Im Rechnungsjahre 1928/29 dagegen waren die Ausgaben auf 2 107 000 M. angewachsen, während die Einnahmen sich nur auf 784 000 M. erhöht hatten, so daß nur noch 37 v. H. des Aufwands in der Einnahme seine Dedung fanden.

Erledigung fanden sodann die Kapitel Eishafen und Statistisches Amt. Die vorzüglichsten statistischen Arbeiten des Statistischen Landesamts wurden rückhaltlos anerkannt. Der Minister teilte mit, daß zur Zeit über eine Verreichlichung der Statistik nichts bekannt sei.

Zu der von sozialdemokratischer Seite gewünschten Statistik über die Gemeindevahl wurde festgestellt, daß ein solches Unternehmen etwa 10 000 M. kosten würde. Eine Volkszählung findet erst 1931 statt. Baden hat sich vergeblich gewehrt, den dafür notwendigen hohen Beitrag von 120 000 M. aus Landesmitteln aufzubringen.

Aus der Landeshauptstadt

Im Hotel Germania herrschte in diesen Tagen froheste Faschingsstimmung. Den jeweils ganz ausverkauften Kinderballen folgt am Faschnachtsdienstag (2. März) ein Bal paré, am 3. März das Rosenmontagsfest des Vereins Karlsruher Presse und am Faschnachtsdienstag (4. März) eine Redoute, die noch einmal alles vereinen soll, was den Nachruhm des Faschings 1930 in besonders schöner und launiger Weise begehen will. Stillbegrüßt seien Grod und Fratellini, die humorvollsten der derzeit lebenden Humoristen, an den genannten Tagen dem tollen Faschingsstreiben in den wie immer wundervoll geschmückten Räumen des Hotels zu. Die Eleganz und Schönheit der Kostüme, die geschmackvolle Aufmachung des äußeren Rahmens, die hervorragende Klasse der Tanzkapellen und die bekannt treffliche Bewirtung geben diesen beliebten Festen im „Germania“ jeweils ihre eigene Note. Alles Nähere über die Veranstaltung ist aus den Inseraten zu erfahren.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, findet am kommenden Freitag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, unwiderstehlich die letzte Vorstellung des Berliner Neuen Theaters statt. Zur Aufführung gelangt die große Lokalrevue **Karneval 1930**. Die Gültigkeit der für dieses Gastspiel ausgegebenen Platattarten erlischt an diesem Tage. Auf vielseitigen Wunsch ist es der Direktion gelungen, den in Karlsruhe so sehr beliebten rheinischen Komiker **Wilhelm Millowitsch** mit seinem Klasse-Ensemble ab 1. März d. J. zu einem kurzen Gastspiel zu verpflichten. Auf allgemeines Verlangen wird Millowitsch dieses Mal den großen Nachschlager „Der Stolz der 3. Kompanie“ zur Aufführung bringen, welches Stück der neue große Karnevalschlag „Der lustige Witwer“ vorausgeht. Sonntag nachmittag, um 4 1/2 Uhr, finden die beliebten Fremdenvorstellungen bei ungekürztem Abendprogramm statt, worauf besonders die auswärtigen Besucher aufmerksam gemacht werden. Vorverkauf den ganzen Tag im Zigarrenhaus Mehle, Waldstr. 31.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der hohe Druck ist bis nach Osten zurückgewichen und läßt dabei die Strömung der Westwindzone immer mehr an Raum gewinnen. Warmluftmassen an ihrer Vorderseite sind bei uns in der Höhe eingedrungen, während am Boden noch östliche Strömung herrscht. Der Süden des Landes steht unter Föhnneinfluß. Fehlende Einstrahlung hat die tiefen Temperaturen nicht mehr soweit wie bisher sinken lassen. Nur höhere Lagen und die Voralpen hatten Frost. Entsprechend der langsamen Fortbewegung des Westwindstiefs werden wir auch morgen noch im Grenzgebiet der beiden Aktionszentren liegen. Später dürfte sich die Wetterlage bei uns zynonal gestalten. **Weiterausblick:** Mild, bei meist südlicher Aufzugsführung, meist wolfig, streichweise auch leichte Regenfälle. Südbaden noch in höchste Gebirgslagen Temperaturumkehr, Nordsüd nur noch in höher gelegenen Aufklarungsgebieten.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 25. Febr. In der getragenen karnevalistischen Sitzung der **Mannheimer Karnevalsgesellschaft „Fenerio“** gab Präsident Dieber bekannt, daß man sich doch noch entschlossen habe, einen **Umzug am Faschnachtsdienstag** zu veranstalten, der allerdings in beschleunigtem Rahmen vor sich gehen müsse. Der Umzug soll unter Mitwirkung des „Fenerio“ selbst sowie der Karnevalvereine der Vororte stattfinden. Politische und Mellemwegen werden ausgeschlossen. Die schönsten Gruppen werden prämiert.

bl. Malsch (bei Wiesloch), 26. Febr. Im Laufe der Wintermonate wurden die **Ziegelwerke der Gebr. Vott** (Bruchsal) bedeutend erweitert, um für die tägliche Herstellung von 36 000 Steinen erforderliche Zerkleinern zu schaffen, so daß nunmehr ständig 180 000 Steine in den Kammern genügend getrocknet werden können. Die erweiterten Werke sollen in der nächsten Zeit in Betrieb genommen werden.

D3. Ettlingen, 26. Febr. Wie die Blätter zum Mordfall in Marzell melden, wurde bei dem Mehrgewesenen **Wingärtner** in Pfaffenroth im Odenwald eine verrostete gehaltene Schusswaffe gefunden. Wingärtner befindet sich in Haft. Franz Schneider leugnet nach wie vor die Täterschaft. Den seit dem Mord verschwindenden Filz hat des Fischzüchters Braun hat man noch nicht gefunden.

D3. Weisach, 25. Febr. Nach Blättermeldungen sollen in Neubreisach von den Franzosen in letzter Zeit die Festungsanlagen außerordentlich forciert worden sein. In den letzten Nächten wurden mächtige Panzerplatten angefahren, die bei den Fortsbauten Verwendung finden sollen.

bl. Müllheim, 25. Febr. Von den französischen Behörden wurde an der Grenze in Neuenweg zusammen mit vier anderen Männern der **Leipziger Mörder Tekner** den deutschen Behörden übergeben. Er wurde in das Amtsgefängnis Müllheim eingeliefert, um von hier aus nach Regensburg weiterbefördert zu werden, wo er sich wegen Mord, Mordversuchs und Versicherungsbetruges zu verantworten hat. Tekner hat bekanntlich Anfang Dezember auf der Landstraße Leipzig-Regensburg einen Handwerksburschen in sein Auto gelockt und diesen mit dem Auto verbrannt, um in den Besitz der Versicherungssumme von 140 000 M. zu gelangen.

Handel und Wirtschaft

Überzeichnung der schweizerischen Badenwerk-Anleihe. Die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegte 3-Millionen-Schweizer-Francs-3prozente-Anleihe der Badischen Landeselektrizitätsversorgungsges. (Badenwerk) ist, wie aus Zürich gemeldet wird, sehr stark überzeichnet worden, so daß die angemeldeten Beträge reduziert werden müssen.

Carl Landes & Söhne G. m. b. H. Mannheim. Eine von dem Rechtsbeistand der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Möbelfirma einberufene Gläubigerversammlung ergab die Bildung eines Gläubigerausschusses. Rechtsanwalt Dr. Pfeifferberger teilte mit, daß die Bilanz 1928 noch rein aktiv gewesen sei. Zu 1 400 000 M. Unterbilanz sei es erst 1929 gekommen. Die Schuldner hätten die katastrophalen Wege der Kompliziertheit des Betriebes nicht voraussehen können. Vor allem wolle man die Handwerker- und Kundengläubiger befriedigen. An nicht verfügbarem Vermögen seien vorhanden: 808 650 M., an verfügbarem Vermögen 730 250 M. Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt 2 803 406 M. Nach der Vermögensübersicht trifft auf die Vergleichsgläubiger aus dem verfügbaren Vermögen voraussichtlich eine Quote von 22,1 Prozent.

Um den Verkauf der Maschinenfabrik Badenia. Die Verhandlungen über den Verkauf der Maschinenfabrik „Badenia“ zwischen der Stadt Weinheim und auswärtigen Interessenten, sind noch nicht abgeschlossen. Es verlautet, daß sowohl mit einer englischen Gruppe, als auch mit deutschen Interessenten ernsthafte Verhandlungen schweben und daß ein baldiger Abschluß erwartet wird.

Handels- und Gewerbebank Karlsruhe. In dem gerichtlichen Vergleichsverfahren betreffend die Handels- und Gewerbebank Karlsruhe wurde Dienstag nachmittag vom Karlsruher Gericht verkündet, daß der vorgelegte Vergleich mit weit mehr als der gesetzlich erforderlichen Zahl der Gläubiger Annahme gefunden habe. Der Vergleich wurde daher vom Gericht bestätigt. Damit ist das gerichtliche Verfahren erledigt.

Staatsanzeiger

Wahl des Ausschusses der Bad. Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperverletzungsbeamte.

Die Wahlzeit der gegenwärtigen Mitglieder des Ausschusses der Bad. Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperverletzungsbeamte läuft demnächst ab. Es ist deshalb eine Neuwahl vorzunehmen. Gemäß § 44 des Versicherungsgesetzes vom 7. Mai 1929 (G. u. V. Bl. S. 73) und § 3 der Wahlordnung für die Wahl des Ausschusses der Bad. Versicherungsanstalt lade ich die Wahlberechtigten hiermit zur Wahl des Ausschusses der Bad. Versicherungsanstalt mit folgendem Aufträgen ein:

a) Der Ausschluß besteht (neben den Mitgliedern des Verwaltungsrats) aus je acht Vertretern der Aufstellungs-

Besondere Erwähnung verdient indes eine Tatsache auf der Einnahmeseite des Landestheaterhaushalts: die gerade für Karlsruhe eigentümliche Stabilität der Einnahmen im Vergleich zu der Entwicklung an vielen anderen Bühnen. Am Hessischen Landestheater in Darmstadt kam die Wirtschaftskrise in den Jahren nach der Befestigung der Währung im Hinblick der Einnahmen von 1 010 000 M. im Jahre 1924/25 auf 719 000 M. im Jahre 1927/28 zum Ausdruck, am Nationaltheater in Mannheim im Rückgang von 1 505 000 M. auf 1 109 000 M. innerhalb der gleichen Zeitspanne. In Karlsruhe dagegen betragen die Einnahmen im Jahre 1924/25 692 000 M., im Jahre 1927/28 788 000 M. und im Jahre 1928/29 783 000 M. Die „Ara Mottli“ schloß 1904 mit einer Jahreseinnahme von 430 000 M. ab. Das Jahr nach dem Weggang Mottlis brachte nicht nur keine Entfaltung, sondern eine mäßige Erhöhung der Einnahmen, die in den folgenden Jahren langsam weiter anstiegen. Die Amtszeit des Kapellmeisters Ferdinand Wagner und das darauf folgende Jahr (Spielzeiten 1925/26 und 1926/27), in denen für Opernlogogen, Orchester und Propaganda erhöhte Mittel flüssig gemacht worden waren, blieben den entsprechenden Erfolg auf der Einnahmeseite schuldig. Gegenüber 1924/25 mit 692 000 Reichsmark Einnahme trat im Jahr darauf ein Einnahmerückgang um 20 000 M., im Jahre 1926/27 eine recht mäßige Erhöhung ein. Dieses Beharrungsvermögen in der Einnahme hat gewiß sein Gutes. Andererseits aber legt die Fähigkeit, mit der der Besucherkreis des Landestheaters an der traditionellen Höhe seiner Ausgaben für Theaterzwecke festhält, weitgespannten Erwartungen und Hoffnungen in der Richtung, durch Steigerung der Leistungen und forcierte Propaganda wesentliche Einnahmeverbesserungen erzielen zu können, von vornherein ein Ziel.

So wenden sich denn die Blide der Verantwortlichen von den Voranschlagsziffern hinweg immer wieder in die Öffentlichkeit hinaus. Leitung und Angestellte des Landestheaters sind in vollem Bewußtsein des Ernstes der Lage entschlossen, zu sparen, wo es nur geht, um das Theater in bessere Zeiten hindurchzuleiten. Mäße diesen Bemühungen der Kreis der Theaterfreunde, der Theaterbesucher und der bisher abseits stehenden seine Mithilfe nicht verweigern.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung
Große Auswahl

gemeinden und der Mitglieder. Die Gesamtheit der Anstellungskörperschaften (ohne die politischen Gemeinden) und die von ihnen angemeldeten Mitglieder haben mindestens je einen Vertreter zu stellen. Für jeden Vertreter sind gleichzeitig zwei Ersatzleute zu wählen.

b) Die Vertreter nebst ihren Ersatzleuten werden in getrennter Wahl schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf vier Jahre gewählt. Wird nur eine als gültig festgestellte Wahlvorschlagsliste oder eine Einheitsliste (vgl. f. letzter Absatz unten) eingereicht, gibt der unterzeichnete Wahlleiter die Namen der auf dieser Vorschlagsliste enthaltenen Bewerber alsbald im Staatsanzeiger mit dem Hinweis bekannt, daß die darin vorgeschlagenen in der Reihenfolge des Vorschlags als gewählt gelten. Eine weitere Wahlhandlung (vgl. d. unten) findet in diesem Falle nicht statt.

c) Wahlberechtigung und Wahlbarkeit.

1. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme.
2. Gemeinden und Körperschaften sind wahlberechtigt, wenn im Zeitpunkt des Beginns der Abstimmung (§ 3 Abs. 2 und § 10 Wahlordnung) sich Mitglieder in ihrem Dienst befinden.
3. Mitglieder sind wahlberechtigt, wenn sie im Zeitpunkt des Abstimmungsbeginns das 20. Lebensjahr vollendet haben und als Versicherte im Dienst einer Anstellungsgemeinde stehen oder nach dem Ausscheiden aus dem Dienst einer Anstellungsgemeinde die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzen bzw. die Anwartschaft durch Entziehung einer Anerkennungsgeldgebühr erhalten, oder sich im Genuß von Ruhegehalt im Sinne der §§ 14 ff. W.G. befinden. Ein Wahlrecht besteht nicht, wenn im Augenblick der Stimmabgabe ein Fall vorliegt, in dem nach § 21 Abs. 1 a W.G. ein Recht auf den Bezug von Ruhegehalt erlischt.
4. Als Vertreter der Gemeinden und Körperschaften oder als Ersatzmann eines solchen ist wählbar, wer dem Verwaltungsgremium einer beteiligten Gemeinde oder Körperschaft angehört.

5. Als Vertreter der Mitglieder oder als Ersatzmann eines solchen ist wählbar, wer nach Ziffer 3 wahlberechtigt ist.
6. Wahlberechtigung und Wahlbarkeit sind unabhängig vom Geschlecht.
7. Sofern nicht von den Gemeinden und Körperschaften sowie von den Mitgliedern je eine Wahlvorschlagsliste eingereicht und als gültig festgestellt werden sollte (vgl. f. unten) wird die Abstimmung (Wahl) bestimmt auf die Zeit vom 17. bis einschließlich 30. Mai 1930.
8. Die Abstimmung der Gemeinden und Körperschaften und diejenige der Mitglieder erfolgt getrennt.
9. Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, in der Zeit vom 11. bis einschließlich 31. März 1930 bei dem unterzeichneten Wahlleiter Wahlvorschlagslisten einzureichen. Diese Wahlvorschlagslisten müssen nach der Vorschrift des § 6 der Wahlordnung folgendermaßen beschaffen sein:
 1. Werden von den Wahlberechtigten mehrere Vorschlagslisten eingereicht, so können sie in der Zeit vom 1. bis einschließlich 22. April 1930 durch je eine Einheitsliste der Gemeinden und Körperschaften sowie der Mitglieder ersetzt werden. Jede dieser beiden Einheitslisten muß den vorstehend unter Ziffer 1 bis 4 bezeichneten Vorschriften des § 6 der Wahlordnung entsprechen, jedoch mindestens sovielen Wahlvorschläge enthalten, als Vertreter und Ersatzleute zu wählen sind. Auch muß jede Einheitsliste von den Vertrauensmännern sämtlicher rechtzeitig eingereichten Vorschlagslisten unterschrieben sein.
 2. Jede Wahlvorschlagsliste muß die Namen von acht Vertretern und von je einem ersten und zweiten Ersatzmann eines jeden enthalten.
 3. Die Vorgesetzten sind nach Vor- und Zuname, Dienststellung oder Beruf, nach Wohnort und in einer zur Unterscheidung des einzelnen sonst erforderlichen Weise zu bezeichnen und so anzuführen, daß die Reihenfolge der an erster Stelle Vorgesetzten sowie

die Zugehörigkeit und Stellenfolge ihrer Ersatzleute erkennbar ist.

3. Der Vorschlagsliste ist von jedem Vorgesetzten eine unterschriebene Erklärung beizufügen, daß er der Aufnahme in die Vorschlagsliste zustimmt. Auf mehr als einer Liste darf sich niemand vorschlagen lassen. Namen, die auf mehreren Vorschlagslisten stehen, werden vom Wahlleiter auf allen Listen getrichen.

4. Die Vorschlagsliste ist von Vertretern von mindestens drei wahlberechtigten Gemeinden oder Körperschaften oder von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern zu unterzeichnen. Hat jemand mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so wird seine Unterschrift vom Wahlleiter auf allen Vorschlagslisten getrichen. Bei Einreichen der Vorschlagsliste haben die Unterzeichner aus ihrer Mitte einen für weitere Verhandlungen mit dem Wahlleiter bevollmächtigten Vertreter (Vertrauensmann) nebst einem Stellvertreter zu benennen. Fehlt die Benennung, so gilt der erste Unterzeichner als Bevollmächtigter und der nächste als sein Stellvertreter.

5. Für den Fall, daß mehrere als gültig festgestellte Wahlvorschlagslisten eingereicht und nicht durch je eine Einheitsliste (vgl. f. letzter Absatz) ersetzt werden, wird der unterzeichnete Wahlleiter diese Vorschlagslisten im Staatsanzeiger mit dem Hinweis veröffentlicht, daß eine besondere Wahlhandlung erforderlich ist. Die Einladung zur Wahl wird dann den Wahlberechtigten noch besonders eröffnet. Wahlberechtigte, welche eine solche Eröffnung nicht bis zum 6. Mai 1930 erhalten haben, können binnen einer von diesem Zeitpunkt laufenden Frist von einer Woche beim unterzeichneten Wahlleiter gegen das Unterbleiben der Aufnahme in die Wählerliste Beschwerde einreichen, über die erforderlichenfalls die Staatsaufsichtsbehörde endgültig entscheidet.

Karlsruhe, den 24. Februar 1930.
Am Stadtgarten 1.
Der Wahlleiter:
Gramp.


Hotel Germania
KARLSRUHE

Die Kartenausgabe für den zweiten Kinderball ist wegen Überfüllung geschlossen

Wir erinnern an zeitige Tischbestellung für:

BAL PARÉ
am Fastnacht-Sonntag, den 2. März, 20 Uhr

REDOUTE
am Fastnacht-Dienstag, den 4. März, 20 Uhr

American-Bar — 3 Jazz-Kapellen — Sekt-Bar
Kaltes Buffet

Die Damen werden gebeten mit Larve zu erscheinen
Demaskierung 24 Uhr
Herren: Frack, Smoking oder Kostüm obligatorisch
Einlaßkarten zum Preise von 3 RM., Steuer 1,50 RM. sind erhältlich
ab heute im Hotelbüro
Parkplatz beim Hotel
Für auswärtige Besucher geheizte Boxen vorhanden

R.196


Lebensbedürfnisverein

Ein erstklass. Lebensmittel zu billigem Preis:

Prima Leberwurst
in Blechdosen
aus der Fleischwaren-Fabrik der Gag
Nettogewicht ca. 400 Gr. zu
65 Rpf.
Ein weitere Waggon
1928 er
Edenkobener Klosteracker
ein frischer, spritziger Pfälzer Weißwein
ist eingetroffen, Flasche ohne Glas
60 Rpf.
Abgabe nur an Mitglieder
R.195

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 114

KommunalDarlehen¹⁸³
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i.B., Tel. 75 u. 76

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher-Zeitung“

Inserieren bringt Gewinn!

Städtische Sparkasse Neckargemünd
(Öffentliche Sparkasse)
Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
Kassenbestand	7 715,34	Spareinlagen	599 025,12
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassenamt	11 543,62	Aufwertungsreserveeinlagen	128 198,74
Wertpapiere	3 150,—	Giro- und Kontokorrenteinlagen	71 700,82
Wechsel	2 226,85	Anlehens- u. and. Schulden	3 916,33
Darlehen auf Hypotheken	411 381,33	Ausgabenrückstände	36,52
Darlehen in laufender Rechnung an Private	33 466,64	Rücklagen	
Darlehen auf Schuldschein	83 202,12	Geschl. Reservefonds	29 177,16
Darlehen an Gemeinden	163 510,—	Reingewinn v. Jahre 1929	13 279,19
Aufwertungsforderungen	111 418,25		
Einnahmerückstände	3 970,48		
Gesellschaften	1,—		
Aufwertungsrechnungskonto	856,45		
Einzahlung beim Spargiroverband	12 700,—		
Rückstellungen	191,80		
	845 333,88		845 333,88

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 670 725,— RM Einlagen = 53 658,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 42 456,35 RM
Somit weniger = 11 201,65 RM
Neckargemünd, den 19. Februar 1930. R.212
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Rühig. Der Geschäftsleiter: Kaiser.

Städtische Sparkasse Wertheim a. Main
Öffentliche Sparkasse
Bilanz auf 31. Dezember 1929

Aktiva		Passiva	
	RM		RM
1. Kassenbestand	20 221,10	1. Guthaben der Einleger:	
2. Darlehen gegen Hypothek	808 627,60	a) Spareinlagen	2 329 591,98
3. Grundstücks-Kaufgelder	27 575,55	(darunter aufgewertete 473 629,10 RM)	
4. Wertpapiere	26 250,—	b) Giro- und Scheckeinlagen	230 563,24
5. Lombard-Darlehen	10 970,45	2. Ausgaberrückstand	18 000,—
6. Darlehen an Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften	772 443,87	3. Sonderrücklage	20 000,—
7. Darlehen a. Schuldschein	178 896,10	4. Reinerwerb	117 324,21
8. Wechsel	85 708,69		
9. Darlehen in laufender Rechnung:			
a) bei Banken, Girozentrale u. Postsparkassenamt	107 962,88		
b) bei Privaten	325 076,91		
10. Aufwertungs-Forderungen	335 048,20		
11. Einnahme-Rückstand	16 687,08		
12. Einrichtungsgegenstände	1,—		
	Summe 2 715 469,43		Summe 2 715 469,43

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 2 066 616,12 RM Einlagen = 104 330,80 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 117 324,21 RM
Somit weniger = 12 993,41 RM
Wertheim a. M., den 17. Februar 1930. R.254
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Baron, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Götz.

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Druck G. Braun, Karlsruhe

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATTER
DOSENHEIM A. M. BERGSTR.

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

D. 214. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren sowie die Verfügungsbeschränkung über das Vermögen der Firma Billing & Joller, K.G. für Ban- und Anstaltszwecke in Karlsruhe, wurde nach gerichtlicher Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.
Karlsruhe, 21. Febr. 1930
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr
Sonntags
3^{1/2} und 8 Uhr
Lokal-Revue
Karneval 1930